

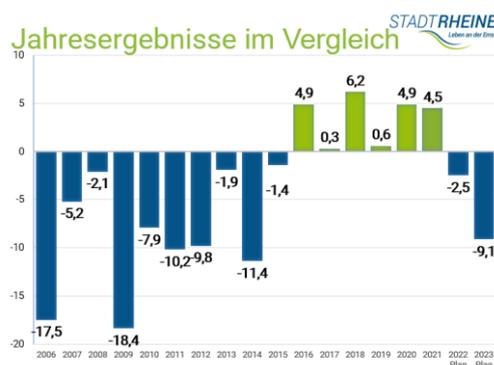


– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bringe heute zum 8. Mal den Haushaltsplanentwurf als Bürgermeister ein, heute also für das Jahr 2023. Ich erinnere mich auch gut an meine erste Einbringung im Jahr 2015 für das Jahr 2016.

Da war ich gerade erst im Amt und habe dem damaligen Rat im Rahmen der Haushaltsrede von meinem ersten Arbeitstag und meiner ersten Unterschrift im Rathaus berichtet. Stadtkämmerer Mathias Krümpel und der Leiter unserer Finanzabteilung, Jürgen Wullkotte, haben mir den damaligen Entwurf der Haushaltsatzung vorgelegt, der ein Defizit von - 8,3 Mio € ausgewiesen hat. In der Zeit hat uns die damalige Flüchtlingskrise als Verwaltung, aber auch als Gesellschaft viel abverlangt. Also heute, bei der Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2023 mit einem Defizit von - 9,1 Mio. €, ein Déjà-vu?



Wir alle kennen die zurückliegende Entwicklung des städtischen Haushaltes:

Seit 2016 – also anders als im Entwurf zunächst angenommen – haben wir durchweg positive Jahresergebnisse erzielt.

Wir haben darüber hinaus unser Eigenkapital wieder gestärkt, Kredite abgebaut, unsere Wohnungsgesellschaft gestärkt, unsere Rücklage aufgefüllt und Vorsorge für größere Maßnahmen betrieben, indem wir Rückstellungen gebildet haben.

Vielleicht denken jetzt einige an § 3 des Kölschen Grundgesetzes: „Et hätt noch immer jot jejang.“

Erster Einwand:

Wir sind nicht im Rheinland, sondern in Westfalen.

Zweiter Einwand:

Die Lage ist heute eine ganz andere als 2015!

Während wir damals optimale Rahmenbedingungen hatten, steckt unser Land jetzt in der größten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg:

Die Corona-Krise noch nicht verdaut, Krieg an den Grenzen Europas, Inflation, Lieferengpässe, Fachkräftemangel, eine Energiekrise, die zu erheblichen Verwerfungen führt: Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Unternehmen, Gaststätten, Handelsgeschäfte, Betriebe sind schon längst am Limit oder darüber hinaus und fragen sich, wie sie das noch alles stemmen sollen.

Es gibt also keinen Grund, dass wir heute sagen: Das wird schon wieder.

Die Kommunal финанzen allgemein und damit unsere künftigen Haushalte geraten in sehr schweres Fahrwasser und dabei haben wir das Ruder nicht allein in der Hand.

Wie abhängig unser Haushalt von externen Faktoren ist, auf die wir keinen Einfluss haben, zeigt die Entwicklung der letzten Wochen:

Am 18. August 2022 gab es – wie jeden Sommer – die Klausurtagung des Verwaltungsvorstandes zum nächsten Haushalt.

Zu diesem Zeitpunkt lag das Defizit noch bei rd. 30 Mio. €!

Eine Größenordnung, bei der es unausweichlich zu einer Anhebung der Hebesätze, also zur Steuererhöhung hätte kommen müssen, um eine Haushaltssicherung zu vermeiden, und das wohl bei allen 3 Steuerarten: Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer.

Wer jetzt die Quartiersentwicklung am Staelschen Hof mit der Erweiterung unserer Stadtbibliothek und die energetische Sanierung des Rathauszentrums als Lösungsmöglichkeit präsentieren will, dem kann ich nur sagen: Was den Ausgleich unseres Ergebnisplanes angeht, bringt uns das keinen Schritt weiter, um eine Haushaltssicherung zu vermeiden. Herr Krümpel wird das gleich noch ausführlicher erklären.

Seit unserer Klausurtagung im August hat uns dann doch noch – bezogen auf den Haushalt – die ein oder andere gute Nachricht erreicht:

- Die Schlüsselzuweisungen für Rheine haben sich noch einmal erhöht, es gab einen „Nachschlag“ in Höhe von 15 Mio. €
- Ministerin Scharrenbach hat nicht nur die „Isolierung“ der Covid-Kosten verlängert, sondern auch angekündigt, dass dieses auch für Mehrkosten aufgrund des Ukraine-Krieges gelten soll. Das verlagert natürlich ein Problem in die Zukunft. Aber den Aufwand können wir aktuell aus unserer Ergebnisrechnung herausbuchen.

Dadurch reduziert sich unser Defizit nach aktuellem Stand zumindest soweit, dass wir durch unsere Rücklage den Haushalt ausgleichen können und so – zumindest vorerst – auf Steuererhöhungen verzichten können.

Wir müssen doch im Moment alles unternehmen, um Steuererhöhungen zu vermeiden, dazu gehört auch die Isolierung der Covid- und Ukraine-Kosten.

Denn: Was bringt es denn, wenn der Bund für Entlastung sorgt – wenn auch etwas konzeptlos –, die zum Teil schon zu Lasten der Kommunen geht, und am Ende muss das wieder von uns auf lokaler Ebene von den Bürger(inne)n eingesammelt werden, damit wir nicht in die Haushaltssicherung kommen?

Und die Möglichkeit der Isolierung verlange ich auch vom Kreis Steinfurt, genauso wie die Inanspruchnahme der Rücklage, um die Kommunen genau jetzt zu entlasten.

Aber was macht der Kreis? Der Kreis plant seinen Haushalt für das nächste Jahr „originär ausgeglichen“, d. h. ohne Isolierung und ohne die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage.

Der Kreis Warendorf nimmt zur Deckung des Fehlbedarfs sogar die allgemeine Rücklage in Anspruch – und das in Höhe von 8,5 Mio. €.

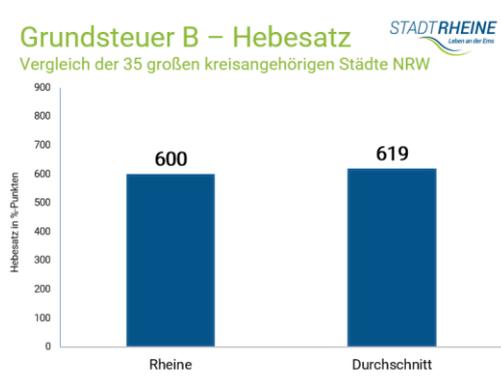
Und der Kreis Steinfurt will im nächsten Jahr 55 Mio. € mehr von den Kommunen als im Vorjahr.

Insgesamt reden wir über einen von den 24 Kommunen zu finanzierenden Betrag von einer viertel Milliarde €!

Noch nicht mal die Ausgleichsrücklage tastet der Kreis Steinfurt an. Die Ausgleichsrücklage des Kreises ist ja für „schlechte Zeiten“.

Ich frage mich: Auf welche Krise wartet der Kreis?

Um das mal deutlich zu machen: Rheine ist an den gut 55 Mio. € mit gut 8 Mio € beteiligt. Wenn wir das über eine Grundsteuer-B-Erhöhung wieder einfahren wollten, würde das eine Hebesatzerhöhung von 600 auf 879 Prozentpunkte bedeuten! Und so geht es allen Kommunen im Kreis!



Wir tun alles, um Steuererhöhungen zu vermeiden. Ob das gelingt, kann ich heute nicht sagen. In ein paar Wochen kann es schon ganz anders aussehen.



Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass wir die Corona-Krise noch nicht verdaut haben. Zwischen dem amerikanischen Präsidenten Joe Biden, der Corona für erledigt erklärt hat, und unserem Bundesgesundheitsminister Herrn Prof. Lauterbach sehe ich eine gewisse Diskrepanz. Nun stehe ich – so glaube ich – nicht in Verdacht, dass ich Corona nicht ernst genommen habe. Der Virus wird auch nicht wieder verschwinden.

Aber wir brauchen jetzt – nach fast 3 Jahren – einen anderen Umgang mit Corona. Wir müssen – anders als am Anfang der Pandemie – mehr auf Eigenverantwortung setzen!

Im Eckdatenpapier zum Kreis-Haushalt hat uns der Kreis die Mittelbereitstellung für ein Impfzentrum am FMO mitgeteilt, ebenso den Aufwand für sog. Containmentscouts zur Kontaktnachverfolgung. Auch wenn die Finanzierung (1,6 Mio. €) durch das Land erfolgt, ist dieser Aufwand, den letztlich wir alle bezahlen müssen, nicht mehr gerechtfertigt. Die nötigen Impfungen können unsere Hausärzte verabreichen. Kontaktnachverfolgung in dieser Phase der Pandemie? Macht das außerhalb von Deutschland noch jemand? Schutz der vulnerablen Gruppen muss sein, deshalb macht auch eine Maskenpflicht in bestimmten Bereichen wie Krankenhäusern oder Arztpraxen einen Sinn.

Maskenpflicht im Zug ja, im Flugzeug nein? Widersprüche kann man auch vermeiden, wenn man nur noch das Allernötigste regelt und für den Rest auf den gesunden Menschenverstand setzt. Wer sich beim Einkaufen mit einer Maske schützen will, der soll das tun. Wer darauf verzichten will, der soll darauf verzichten. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir uns die Quarantänisierung von symptomfreien positiv Getesteten auf Dauer nicht mehr leisten können.

Die allgemeinen Lebensrisiken ändern sich im Laufe der Zeit, es kommen welche hinzu und es verschwinden bzw. reduzieren sich auch wieder Risiken. Es ist jetzt also an der Zeit, mehr Normalität zu wagen! Deshalb sollten Land und Kreis am FMO kein Impfzentrum vorsehen, sondern die Kapazitäten lieber für eine Flüchtlingsunterkunft nutzen!

## Flüchtlingskrise

STADT RHEINE  
Leben an der Elbe



Denn da drückt der Schuh! Alle 24 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis haben am 5. September unseren Ministerpräsidenten angeschrieben. Bis dahin war das Thema doch in der öffentlichen Debatte von der Bildfläche verschwunden. Wir stoßen mit der Aufnahme der Flüchtlinge an unsere Grenzen und die Situation ist dramatischer als 2015! Auch wir haben eine Turnhalle vorgerichtet und es ist eine Frage der Zeit, wann wir sie für die Unterbringung von Geflüchteten nutzen müssen.

Ich stelle nur fest: Erstens: Bund und Land haben bislang keine Rahmenbedingungen geschaffen, die zumindest für eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge aus der Ukraine sorgen. Zweitens: Rheine hat seine Quote übererfüllt.

## Energiemangellage

STADT RHEINE  
Leben an der Elbe



Ein Grund, weshalb das Thema der Flüchtlingsunterbringung von der Bildfläche verschwunden war, ist natürlich die Energiemangellage.

Die Lieferung von Gas ist derzeit gesichert. Die Stadtwerke Rheine beziehen ihr Gas von unterschiedlichen Handelspartnern und bauen auf ein breit gestreutes Portfolio. So besteht keine Abhängigkeit von einem einzelnen Vertragspartner (wie z. B. Uniper). Die Lieferverträge werden derzeit alle vollumfänglich erfüllt: Und alle tun gerade alles dafür, dass es so bleibt!

Zudem haben wir im Münsterland den Vorteil, dass zwei große Gasspeicher in der Region stehen, in Gronau-Epe und Rhede, sodass wir – erst einmal – eine gesicherte Lage haben, was die Versorgung angeht.

Doch wichtigste Botschaft ist und bleibt: Wir müssen unseren Bedarf verringern.

Auch wenn grundsätzlich gilt, dass jede eingesparte Kilowattstunde zählt – egal, ob Strom oder Gas. Bei der Frage, was an Maßnahmen erforderlich ist, gehen die Meinungen auseinander. Ich schalte die Weihnachtsbeleuchtung für den Einzelhandel nicht aus. Wir alle brauchen in diesen schweren Zeiten auch ein paar Lichter der Hoffnung, auch wenn es ein paar Kilowattstunden kostet.

Beim Energiesparen ist Rheine ohnehin eher Speerspitze als nur Durchschnitt! Die Nachtabschaltung der Straßenlaternen gibt es bei uns schon seit 2005 – um nur ein Beispiel zu nennen.

Und nicht erst seit dem 24. Februar 2022 machen wir uns als Stadt gemeinsam mit den Stadtwerken auf den Weg, die Energie- und Wärmewende umzusetzen.

Die Stadtwerke Rheine haben (schon bald) in der Endstufe 100 Millionen € in erneuerbare Energie investiert, hauptsächlich in Wind- und PV-Anlagen. Damit können bilanziell alle Haushaltskunden in Rheine mit Ökostrom versorgt werden.

Diesen Weg müssen wir fortsetzen und gemeinsam neue Lösungen für die Wärmeversorgung in Wohnquartieren finden, dies ist auch eng verzahnt mit der Entwicklung und dem Einsatz von neuen Energieträgern.

Die E-Mobilität muss vorangetrieben werden, um auch die Mobilitätswende zu meistern. Auf dem Gelände der Damloup-Kaserne entsteht gerade so ein Zukunftsquartier. Ich bin froh, dass uns die Stadtwerke Rheine als verlässlicher Partner zur Seite stehen. Sie haben sich in enger Abstimmung mit dem Aufsichtsrat auf den Weg gemacht, die Umsetzung der Herausforderungen unserer Zeit mit zu gestalten und weiter voranzutreiben.



Der Stellenzuwachs im Stellenplan beträgt zum HH-Jahr 2023 in der Summe 16,35 Stellen. Von diesen sind insgesamt 6,5 Stellen refinanziert (Förderungen, höhere Einnahme im Aufgabenbereich). Der Zuwachs bei den befristeten Stellen beträgt insgesamt 5 Stellen, von denen insgesamt rd. 2 Stellen refinanziert sind. Mit diesem Zuwachs steigen die Personalaufwendungen für das nächste um gut 1 Mio. € berücksichtigt man noch allgemeine Entwicklungen – wie z. B. Tarifsteigerungen – liegen wir bei plus 2 Mio.€.

Mit Blick auf die aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen ist das nicht wenig. Fakt ist aber, dass wir jahrelang mit einer zu dünnen Personaldecke unterwegs waren. Das sagt mir nicht nur mein Bauchgefühl.

In dem Berichtsentwurf der Gemeindeprüfanstalt NRW für den Bereich Finanzen können wir dem Kennzahlenvergleich entnehmen, dass wir mit einer vergleichsweise geringen Personalausstattung versehen sind. Die Stadt Rheine setzt mit 5,56 Vollzeitstellen je 1.000 Einwohner unter 21 Vergleichskommunen die wenigsten Stellen im Kernbereich der Verwaltung ein.

Unsere „Personaldecke“ ist also nicht warm und kuschelig, sondern schlicht zu dünn und zu kurz. Wenn das nur kalte Füße machen würde: Kein Problem.

Aber wir stellen jetzt schon fest, dass wir aufgrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels eine höhere Personalfuktuation haben. Stellennachbesetzungen können nur noch zeitverzögert erfolgen, 29 Stellen sind zum Stichtag 30. Juni nicht besetzt gewesen.

Die zusätzlichen pandemiebedingten Belastungen (Krisenbewältigung, Krankheits- und Quarantäneausfälle) sowie der Krieg in der Ukraine (Flüchtlingsbetreuung und –Unterbringung, Energiemangellage, Inflation) führen nicht nur zu hohen Belastungen im Habeck-Ministerium. Nein, sie sind Realität in vielen Unternehmen - und eben auch bei uns in der Stadtverwaltung.

Wenn wir wollen, dass wir trotz aller Krisen unsere Stadt weiter nach vorne bringen wollen, können wir das auf Dauer nicht auf dem Rücken unserer Mitarbeiter/-innen machen. Wir brauchen jetzt einen starken Personalkörper und eine Fokussierung auf die wichtigen Themen und keine personalintensive Symbolpolitik. Ich bzw. wir als Verwaltungsvorstand sind froh und stolz, dass wir uns auf unsere Kolleginnen und Kollegen in Krisenzeiten verlassen konnten und können: Diese Mannschaft ist krisenfest – und das soll auch so bleiben! An dieser Stelle sage ich ausdrücklich: „Danke für Ihre Arbeit in den letzten Jahren!“

Einen weiteren Dank möchte ich anschließen:

Ich bedanke mich bei unserem Kämmerer Mathias Krümpel und dem Team der Finanzabteilung von Jürgen Wullkotte, die den Haushaltsplanentwurf 2023 erstellt haben.

Den Fraktionen wünsche ich ab jetzt eine gute Beratung.

Wir wissen alle noch nicht, was uns in den nächsten Wochen und Monaten genau erwartet. Aber wir sollten alle gemeinsam für den Haushalt 2023 eine Entscheidung anstreben, die eine Haushaltssicherung vermeidet und mit der wir unsere Handlungsfähigkeit behalten.